

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 12

Ausgegeben am 18. Juni 1920

38. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Wohin geht die Fahrt?

Eine Betrachtung nach der Reichstagswahl

Von Heinrich Cunow

Die Wahlenschlacht ist vorüber und das Wahleresultat wie die sich aus ihm ergebende politische Konstellation im wesentlichen zu übersehen. Noch immer versuchen einzelne unserer Parteiblätter die Niederlage unserer Partei durch allerlei statistische Künste, vor allem dadurch, daß sie die von den verschiedenen sozialistischen Parteien erhaltenen Stimmen zusammenaddieren und als sozialistisches Gesamtstimmenergebnis der Stimmenzahl der Rechtsparteien gegenüberstellen, zu verhüllen oder wenigstens zu verkleinern. Ein Täuschungsmanöver, das wir nach meiner Meinung unterlassen sollten. In politischen Situationen wie der gegenwärtigen ist es noch immer das beste Verfahren gewesen, offen auszusprechen, »was ist«, ohne Rücksicht darauf, daß gewisse Parteikreise sich in ihren Erwartungen getäuscht fühlen. Zudem aber zeugt solche Rechnerei von einer völligen Verkennung der durch den Wahlausfall geschaffenen politischen Lage und der Möglichkeit, im neuen Reichstag weitere Arbeiterforderungen durchzusetzen — wie es auch von einer ganz selbstamen politischen Blindheit zeugt, wenn sich Parteipolitiker über unsere Mandatsverluste damit zu trösten suchen, daß neben uns auch die Demokraten beträchtlich geschwächt in den Reichstag einziehen werden. Konnten wir nicht selbst mehr Mandate erobern, dann war es zweifellos für die Fortsetzung einer sachgemäßen parlamentarischen Reformtätigkeit und die Vermeidung neuer gefährlicher Komplikationen weit vorteilhafter, die Demokraten — vornehmlich ihr linker Flügel — hätten eine Anzahl Mandate gewonnen und die Unabhängigen dafür den größten Teil ihrer Sitze eingebüßt.

Ganz unerwartet dürften unsere Verluste denen kaum gekommen sein, die die politische Entwicklung seit den Tagen der Novemberrevolution offenen Auges verfolgt haben. Freilich so erheblich habe ich persönlich noch bis kurz vor dem Wahltag unseren Mandatsverlust nicht eingeschätzt. Auf eine Abnahme unserer Mandate um 20 bis 30 und einen annähernd gleichen Verlust der Demokratischen Partei glaubte ich ziemlich rechnen zu können, nicht aber auf einen Verlust unserer Sitze um das Doppelte dieser Ziffer. Noch Anfang März befürchtete ich allerdings, bei weiterer Zuspitzung der Wirtschaftsverhältnisse und dem gleichen Festhalten unserer Partei an der sogenannten alten »bewährten« Taktik mit einer starken Deroute bei den nächsten Reichstagswahlen rechnen zu müssen; aber der Mißerfolg des Kapp-Putsches und die in den breitesten Volkskreisen dadurch aufgerüttelte gegenreaktionäre Stimmung verbesserte die Wahlaussichten unserer Partei

ganz beträchtlich. Leider hat, wie die Wahlergebnisse beweisen, diese Stimmung in manchen Kreisen doch nicht lange vorgehalten.

Welchen politischen Fehlern verdanken wir den Wahlmißerfolg? Zum Teil ist der Rückgang unserer Stimmen eine natürliche und unter den historisch gegebenen Verhältnissen unvermeidliche Abkehr der uns in den ersten Revolutionsmonaten zugeströmten Anhängerschaft. Ein wesentlicher Teil der Masse, die sich nach den Novembertagen unserer Partei anschloß, kam nicht zu uns aus politischer Überzeugung oder aus Einsicht in die neuen politischen Lebensnotwendigkeiten, sondern mitgerissen durch die damalige politische Gärung. Gar manche von ihnen hatten sich bisher überhaupt nicht um Politik gekümmert, andere gar noch vor wenigen Monaten zu den Nationalliberalen oder Konservativen gehalten. Besonders unter den Frauen folgten viele ohne eigene politische Erkenntnis der Lage einer plötzlichen Stimulation. Teils trieb diese neuen Mitläufer der Unmut über die Ernährungsverhältnisse und über die ihnen durch den Krieg und durch die bis dahin herrschende Regierung aufgezwungene Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit oder der Ärger über die ihnen durch das Kriegsregime bereitete Enttäuschung in unser Lager, teils auch die unklare Erwartung, daß nun die allgemeine Lage sich baldigst ändern und die neue Regierung ihnen allerlei besondere Wünsche, Lohn- und Gehaltserhöhungen, Beschäftigungserleichterungen usw. gewähren würde. Ein anderer weiterer Teil der Neuankömmlinge bestand aus Ideologen und Revolutionsromantikern, vollgepfropft mit den sonderbarsten Freiheitsvorstellungen, aber ohne tiefere geschichtliche Kenntnisse und ohne Einsicht in die Bedingtheiten aller sozialen Entwicklung. Ich habe persönlich in jenen Tagen Erfahrungen gemacht, die mich oft recht pessimistisch stimmten, begegnete mir es doch noch im Mai vorigen Jahres, daß in einem Kreise von Beamten, von denen sich sogar einige in kurzer Zeit eine Art Führerstellung in ihrem Verein errungen hatten, nur ein einziger war, der einmal eine Lassallesche Broschüre gelesen haben wollte (soweit ich aus seinen unklaren Angaben zu schließen vermochte, Lassalles Verteidigungsrede über »Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen«), niemand aber jemals eine Marxsche oder Engelsche Schrift zu Gesicht bekommen hatte. Auch die »Neue Zeit« und die »Sozialistischen Monatshefte« waren ihnen bislang unbekannt geblieben. Daß von solchen neuen Parteianhängern und Wählern, sobald sie sich in ihren hohen Erwartungen und Ansprüchen getäuscht fühlen, manche wieder abschnellen würden, zum größten Teil ins Lager der Unabhängigen und Kommunisten, teilweise auch direkt ohne Umschweife zurück zur Deutschnationalen Partei, mußte jedem klar sein, der einige Parteierfahrung und Menschenkenntnis besitzt.

Überdies aber kann einem wesentlichen Teil unserer Parteipresse nicht der Vorwurf erspart werden, daß sie ihrerseits das Unvernünftigste tat, die aus den verschiedenartigsten Gründen zu uns gekommene neue Masse zu sozialistischen Politikern zu erziehen. Schien es auch nicht ratsam, die neuen Zuzügler vor den Kopf zu stoßen, so mußte es doch die wichtigste Aufgabe der Parteipresse sein, sie über die Schwierigkeit der wirtschaftlichen und politischen Lage aufzuklären, ihnen die mitgebrachten naiven Illusionen zu nehmen und sie in die Gedankengänge der Marxschen Entwicklungslehre einzuführen, besonders ihnen jenen Marxschen Satz aus der Generalratsadresse über die Pariser Kommune einzuprägen, daß alle politische und wirt-

schaffliche Entwicklung an historische Bedingungen gebunden ist, die Arbeiterklasse daher auch selbst dann, wenn sie nach einer siegreichen Revolution völlig die Macht in Händen hat — in Deutschland war das nach der Novemberrevolution keineswegs der Fall —, nicht einfach ihre Ideale verwirklichen kann, sondern »nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen« vermag, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Gesellschaft entwickelt haben.

Anstatt aber die überschwenglichen Erwartungen der Zugügler zu dämpfen und ihnen die gesetzmäßige Bedingtheit alles Fortschritts, zumal unter den durch den Krieg geschaffenen traurigen Verhältnissen, klarzumachen, griffen nicht wenige Parteiblätter wieder zu der überlieserten, altgewohnten Agitationstaktik, die neuen Elemente dadurch für die Partei einzufangen, daß sie ihnen die Erfüllung aller möglichen Wünsche verhiessen und emsig aus älteren und neueren Programmen die schönsten Versprechungen hervor suchten, um dann, wenn die »sozialistischen« Minister diese Verheißungen ignorierten, nach altem Schema auf die Regierung zu schimpfen und sie der Nachlässigkeit, Böswilligkeit, Energielosigkeit oder auch der Korruption zu zeihen.

Mit welchen Dithyramben ist nicht nach den Novembertagen die Revolution als holde Segenspenderin für alle Bevölkerungskreise gefeiert und von ihr die Durchführung der weitreichendsten sozialistischen Wünsche, zum Beispiel in bezug auf die Sozialisierung des Wirtschaftsgebietes, verlangt worden: Forderungen, die selbst in den Zeiten des größten wirtschaftlichen Aufschwunges von einer unabhängigen oder kommunistischen Regierung nicht durchzuführen gewesen wären. Noch weniger aber konnten sie damals und können sie heute, in einer Zeit der Minusproduktion, der Abhängigkeit Deutschlands vom Willen der Entente und der Angewiesenheit Deutschlands auf die Versorgungsbereitschaft des Weltmarktes, erfüllt werden.

Meist wurde ganz übersehen, daß die Revolution eine bankrotte Kriegswirtschaft übernommen hatte, die überdies unter der Sequestration der Entente stand. Ebensovienig wie in einem bankrotten Privatbetrieb, wenn dieser nicht zugrunde gehen soll, keine gewagten, in ihrem Ergebnis zweifelhaften Experimente vorgenommen werden können, vor allem nicht dann, wenn die nötigsten Mittel zur sachlichen Durchführung fehlen, so können auch nicht im heutigen Wirtschaftselend Deutschlands mit seiner Gebundenheit an den Auslandsmarkt kostspielige sozialistische Experimente in Angriff genommen werden, deren Erfolg höchst zweifelhaft ist. Das Mittel, bankrotten Produktionsbetrieben wieder aufzuhelfen, ist Steigerung der Leistungsfähigkeit, Einschränkung der Betriebsausgaben, Verbesserung der Arbeitsmethoden und der angewandten Maschinerie. Diese Regel gilt auch für den wirtschaftlichen Gesamtbetrieb einer Staatsgemeinschaft.

Leider läßt das, was die Koalitionsregierung auf solchem Gebiet bisher geleistet hat, recht viel zu wünschen übrig. Die Ernährungs- wie die Arbeitsverhältnisse sind ganz unzureichend, während das Schiebertum und die Preistreiberei einen Aufschwung genommen haben wie selbst nicht im letzten Kriegsjahr. Vor allem aber vermißt man in der heutigen offiziellen Wirtschaftspolitik jeden festen Organisationsplan, jedes bewußte Hinarbeiten auf ein aus der Tendenz unserer modernen Wirtschaftsbewegung

abgeleitete, die Art der einzelnen Maßnahmen bestimmendes Zweckziel. Vielmehr beschränkte sich bisher meist die Wirtschaftspolitik der Regierung darauf, wenn allzu grobe Mißstände hervortraten oder irgendeine Berufsgruppe besonders laut schrie, zu versuchen, durch Verordnungen und Verfügungen einige Abhilfe zu verschaffen. Wie viele Stimmen uns dieses Verfahren gekostet hat und wie manche Kleingewerbetreibende — und zwar nicht nur sogenannte Novembersozialisten, sondern alte Parteigenossen — uns insgedessen den Rücken gekehrt haben, läßt sich natürlich ziffernmäßig nicht nachweisen, daß aber ein wesentlicher Teil unserer Stimmenverluste auf den wachsenden Unmut der ärmeren erwerbstätigen Bevölkerung über die offizielle Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist, erscheint mir zweifellos. Gar mancher Kleingewerbetreibende oder Arbeiter, der sich irgendwoher mit Nahrung zu versorgen sucht, versteht nicht, warum ihm überall Schranken gesetzt sind, während ringsherum das Schiebertum blüht und der Preiswucher sich ungehemmt immer weiter ausbreitet. Ofters habe ich in letzter Zeit von alten Parteigenossen gehört: »Ach was, es ist mir doch ganz gleich, ob der Minister Schmidt, Schulze oder Meyer heißt, ob er Sozialdemokrat, Liberaler oder Konservativer ist, wenn er doch die Sache gehen läßt und nichts ändern will oder kann.«

Leider scheint mir die Hoffnung, der Stimmenrückgang werde eine Änderung in unserer bisherigen Illusions- und Agitationspolitik sowie den Übergang der heutigen planlosen Wirtschaft in eine sich bestimmte Ziele steckende, nicht bald diesen, bald jenen Unregungen nachgebende Planwirtschaft herbeiführen, wenig begründet. Die alte Agitationsbetriebspolitik und die überlieferte Staatsfeindschaft, die auch im heutigen Staat und seiner Regierungsmaschinerie noch immer den alten hinterhältigen Gegner, man kann fast sagen den an allen Übeln schuldigen Erbfeind sieht, beherrscht noch viel zu sehr die Vorstellungen der großen Mehrzahl unserer Parteigenossen, als daß sie sich den neuen politischen Lebens- und Entwicklungsbedingungen leicht anzupassen vermöchten, während andererseits die Verschlebung, die nach dem Kapp-Putsch im Reichswirtschafts- und Ernährungsamt stattgefunden haben und wohl bei der Bildung eines neuen Kabinetts in dieses übernommen werden dürften, noch weniger als früher die Gewähr bieten, daß die Wirtschaftspolitik des Zickzacks ihr Ende erreicht hat. Die Sozialdemokratische Partei wird dem Anschein nach noch manche bittere Erfahrungen machen müssen, bis sie die Notwendigkeit des Umlernens in gewissen Dingen begreift.

Wie seltsam noch die heutige innere und internationale Lage in unseren Parteireihen beurteilt wird, zeigt die Tatsache, daß es nicht wenige Parteigenossen gibt, die noch immer für eine sogenannte Ausdehnung der Regierungsbaßis nach links schwärmen, das heißt glauben, es könnte jetzt nach den Wahlen gelingen, einen arbeitsfähigen parlamentarischen Block aus Unabhängigen, Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrumsparteilern zu bilden. Andere sehen zwar ein, daß eine derartige Koalition zurzeit unmöglich ist, aber sie reden einer Liaison mit den Unabhängigen das Wort und meinen allen Ernstes, es müßte doch heute eine rein sozialistische Regierung möglich sein, eine aus Führern der verschiedenen sozialistischen Parteigruppen bestehende »Volksregierung«, die überdies auch noch nach der Versicherung mancher dieser Illusionspolitiker trotz des ganz unzuläng-

lichen Besitzes der sozialistischen Parteien an Mandaten, der Verschiedenheit der politischen Grundanschauungen in den Reihen ihrer Anhänger-schaft und des in solchem Falle nicht nur in den kapitalistischen Schichten, sondern auch in fast allen ländlichen und kleinstädtischen Erwerbsskreisen zu erwartenden schärfsten Widerstands in der Lage sein soll, »parlamentarisch«, ohne eine Räte- oder eine andere Diktatur gleicher Art, zu regieren.

Wo solche Vorstellungen die Köpfe beherrschen, hört jede vernünftige Diskussion auf. Möglich ist nach dem Reichstagswahlausfall in der heutigen politischen Lage weder eine rein sozialistische Regierung noch ein nur aus den Rechtsparteien bestehendes Regiment, auch nicht, wenn man diesen den größten Teil des Zentrums hinzurechnet — wenigstens nicht, wenn nicht eine solche Koalition von vornherein auf jede parlamentarische Geschäftsführung verzichtend zur brutalsten Diktatur greift, und selbst dann würde ihre Herrschaft recht kurzen Bestand haben, denn gegen den offenen Widerstand der Arbeiterbevölkerung ist heute in Deutschland keine Regierung möglich. So bleibt nur die Bildung eines Kabinetts auf der Grundlage der bisherigen Regierungskoalition, vielleicht mit Befetzung einiger Posten durch Fach- bzw. Geschäftsminister. Auch eine Verbreiterung der Koalition nach rechts, also eine Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei, erscheint mir unmöglich, wenn auch ein Teil der Partei Stresemann-Stinnes-Kardorff das Bestreben haben mag, auf einem Umweg sich der Koalition anzuschließen, um einen größeren Einfluß auf die offizielle Wirtschafts- und Steuerpolitik zu erlangen — wofür sie wahrscheinlich auf anderen Gebieten, zum Beispiel bezüglich der Sozial- und Schulpolitik, gern zu gewissen Konzessionen bereit wäre. Auf dem rechten Flügel der Demokraten würde man zwar sicher auch Stresemänner in die Koalition aufnehmen; aber die Sozialdemokratie kann sich nicht, will sie nicht ihre Anhänger-schaft zur Fahnenflucht veranlassen, mit den Vertretern des großen Industrie- und Bankkapitals verbünden.

Schwer genug wird freilich der neuen Regierung der Zweifrontenkampf nach rechts und links fallen, zumal sie, soweit sich heute (am 10. Juni) beurteilen läßt, nur über eine sehr geringe, unsichere Stimmenmehrheit im neuen Reichstag verfügen können wird. Wahrscheinlich wird der Kampf nach links noch schwerer werden als nach rechts, denn so gern auch die Rechtsparteien die neue Regierung stürzen möchten, werden sie doch wohl oft vor der schärfsten Opposition zurückschrecken, da sie sonst leicht in die Lage kommen könnten, die Regierung unter Umständen übernehmen zu müssen, die für sie keineswegs günstig wären; dagegen muß mit einer rücksichtslosen Opposition der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gerechnet werden, schon deshalb, weil sie ihrer Anhänger-schaft nach den Wahlen des 6. Juni beweisen muß, daß sie eine ganz andere Energie und Prinzipientreue besitzt als die schwächlichen »Rechtssozialisten«. Ob demnach der neugewählte Reichstag lange Bestand haben wird, ist recht zweifelhaft. Noch dürften uns recht unangenehme Überraschungen bevorstehen.